

Soziales/Migration/

**(dpa-Expertengespräch - Zusammenfassung 0400)**

**Experte: Mehr Lehrer und Richter mit Migrationshintergrund =**

Osnabrück (dpa/Ini) - Bei der Jobvergabe müssen Migranten aus Sicht des Migrationsforschers und Politikberaters Prof. Klaus J. Bade in bestimmten Bereichen stärker berücksichtigt werden. Es sollten mehr Lehrer, Polizisten und Richter mit Migrationshintergrund eingestellt werden, sagte Bade der Deutschen Presse-Agentur dpa. Er forderte außerdem, eine Mindestanzahl von Migranten in Ausländerbehörden zu beschäftigen. «Wir brauchen nicht immer nur Putzfrauen aus diesem Milieu.» Bade hatte im Juli am Integrationsgipfel in Berlin teilgenommen und arbeitet auch in der Deutschen Islamkonferenz mit.

In den Ausländerämtern sieht der 63-Jährige aus Osnabrück dringenden Bedarf einer Nachqualifizierung des Personals. Es gebe zwar viele Behörden, die sensible interkulturelle Integrationsarbeit leisten. «Zahlreiche Berichte wecken jedoch Zweifel an dem Verhalten von Mitarbeitern, die zum Beispiel unnötig autoritär und selbstherrlich mit den Antragstellern umgehen.» Über die Behörden hinaus fordert er eine Qualifizierung von Personal im gesamten Migrations- und Integrationsbereich. «Dafür haben wir viel zu wenige Professuren und viel zu wenige Studiengänge in der Bundesrepublik.»

Im Nationalen Integrationsplan, den er als zukunftsweisenden Schritt bewertet, findet der Migrationsforscher viele Ideen wieder, für die er bereits seit mehr als 20 Jahren wirbt. «Integration ist heute als Thema in den Köpfen der Politiker angekommen.» Der Integrationsplan lade Politik, Wirtschaft und die gesamte Zivilgesellschaft ein, «diesen zentralen Lebensbereich unserer Gesellschaft» mitzugestalten. Der Plan habe zwar wegen Terminvorgaben mit «heißer Nadel gestrickt» werden müssen. Er sei allerdings auch eher als programmatische Ideensammlung zu verstehen denn als in jeder Hinsicht abgeschlossenes Konzept.

Insgesamt sieht Bade in dem Integrationsplan die Bereitschaft sowohl der Politik als auch der Zuwanderer selbst, aus Versäumnissen der Vergangenheit zu lernen. Wichtig seien allerdings Expertengremien zur begleitenden Beratung der Integrationspolitik sowie zur Auswertung der Maßnahmen auf Bundes- und Länderebene.

Gespräch: Christine Cornelius, dpa  
dpa ho yyni w4 jan 20.8.2007